

Zeitschrift: SuchtMagazin

Herausgeber: Infodrog

Band: 36 (2010)

Heft: 5

Artikel: Club Health Conference 2010 : Blick von aussen

Autor: Jacobi, Isabelle

DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-800226>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 29.03.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Club Health Conference 2010: Blick von aussen

Neue, synthetische Substanzen, die im Internet vertrieben werden, überschwemmen weltweit die Partyszene. Der Vormarsch der Reagenzdrogen verändert sowohl Produktionsbedingungen, Handelskanäle wie auch Konsumationsmuster und stellt neue grundsätzliche Herausforderungen an die Suchtprävention und die Drogenpolitik. Das ist eine der wichtigen Erkenntnisse der internationalen Club Health Konferenz in Zürich

Isabelle Jacobi

Produzentin «Echo der Zeit», Schweizer Radio DRS,
isabelle.jacobi@sdr.ch

Für mich als Beobachterin mit journalistischem Hintergrund boten die drei Konferenztage im Zürcher Nightclub «X-TRA» Gelegenheit, ein globales Public-Health-Problem – Drogen- und Alkoholkonsum im Nachtleben – effektiv global wahrzunehmen. An der Konferenz waren Delegierte aus über zwanzig Ländern versammelt, von Australien bis USA. Die Internationalität der Plenaries und Workshops gewährleistete ein Kaleidoskop von Präventionsmassnahmen, Forschungsansätzen und Datenerhebungen. Trotz den sehr unterschiedlichen drogenpolitischen Rahmenbedingungen in den vertretenen Ländern kristallisierten sich meines Ermessens drei grundsätzliche Fragestellungen heraus:

1. Was macht effiziente Prävention heute aus?
2. Wie viel Sinn macht die Kriminalisierung von (neuen) Substanzen noch?
3. Wie kann man Erkenntnisse von der Front oder aus der Wissenschaft kommunizieren und politische EntscheidungsträgerInnen beeinflussen?

Um diese Fragen im Ansatz zu beantworten, ist es zunächst unabdinglich, die neuesten Entwicklungen auf dem Suchtmittel-Markt zu berücksichtigen, wie sie zuständige ExpertInnen an der Zürcher Konferenz referierten.

Drogenmarkt im Wandel

Wie Datenerhebungen der UNO und der EU zeigen, befindet sich der Drogenmarkt in einem Wandel. Es ist eine rasante Verbreitung synthetischer Substanzen zu beobachten, die per Internet global vermarktet werden. KonsumentInnen kommentieren Wirkung und Qualität in Blogs, was die Nachfrage einer bestimmten Substanz innert kürzester Zeit hochschnellen lässt. Nur so ist z.B. die fast epidemische Verbreitung des Amphetaminderivats Mephedrone in Grossbritannien im Jahr 2009 zu erklären. Grundsätzlich hat weltweit das Angebot von leicht erhältlichen, billigen und oft legalen Substanzen mit unbekanntem Gesundheitsrisiken zugenommen.

Das Wachstum des Marktes für Reagenzdrogen hat Konsequenzen für die Art und Weise, wie Drogen produziert werden: In lokalen Labors, im Fall von Crystal Methamphetamin gibt es sogar die self-made Methode «shake n' bake», bei welcher KonsumentInnen die hochexplosiven, chemischen Komponenten in einer Plastikflasche

gleich selbst zusammenmischen. Einmal hergestellte Drogen können im kaum regulierten Raum des World Wide Web vermarktet werden wie neue Schokoriegel.

Im Zuge der Proliferation von in Clubs und auf der Strasse erhältlichen neuen Substanzen haben sich auch Konsumationsmuster verändert: Statt einer Substanz werden mehrere eingenommen und gemischt («Polydrug Use»); an den Wochenenden wird gezielt ein schwerer Rauschzustand erreicht («Bingeing»). Problematischer Alkoholkonsum hat seit dem Rückgang von reinem Ecstasy wieder zugenommen, denn Alkohol lässt sich mit synthetischen Substanzen, aber auch dem heute weit verbreiteten Kokain, leichter kombinieren. Der Siegeszug der Partydrogen resultiert also in neuen Public-Health-Risiken, die Suchtfachleute neu herausfordern. Oder wie es ein Redner an der Konferenz formulierte: Synthetische Drogen sind wie die Büchse der Pandora: Einmal geöffnet, überschwemmt die Plage die Welt, und niemand kann sie stoppen.

Herausforderungen für die Prävention

Der Vormarsch neuer, synthetischer Substanzen löst – wenigstens an der Präventionsfront – einen Bereinigungsprozess aus, welche drogenpolitischen Massnahmen wirken und welche nicht: Die Null-Toleranz-Politik, die auf Repression baut, war schon vorher kaum durchzusetzen; jetzt entpuppt sie sich endgültig als Illusion, wie selbst Vertreter der Polizei eingestehen. Allgemein bleiben Massnahmen, die die Nachfrage reduzieren sollen, ziemlich wirkungslos angesichts eines omnipräsenten Angebots von scheinbar risikolos konsumierbaren Drogen.

Der Drogenprävention stellt sich also die Frage: Wie kann man Alkohol- und DrogenkonsumentInnen erreichen, für die ein «legal high» zum Wochenendvergnügen gehört und die kein Problembewusstsein für die Risiken haben?

Hier einige Lösungsansätze, die an der Konferenz präsentiert wurden:

- Prävention durch umgebungsbedingte Interventionen statt direkte Überzeugungsarbeit mit KonsumentInnen, i. e. die Schulung von Barpersonal im Umgang mit exzessivem Konsum; Selbstregulierung der Clubbesitzer, die sich gewisse Public-Health-Qualitätsstandards setzen, wie z.B. das Label «Safer Clubbing».
- an KonsumentInnen orientierte Aufklärungsarbeit, wie z.B. Video-Spiele, die im «Chill-Out-Room» auf unterhaltsame und szenenahe Art und Weise über Risiken bestimmter Substanzen informieren.
- an KonsumentInnen orientierte Prävention, wie z.B. das integrative Zürcher Projekt «Drug Checking», das

KonsumentInnen erlaubt, ihre Substanz anonym zu testen. Prävention wird so mit einer aus der Sicht der KonsumentInnen nützlichen Dienstleistung verbunden.

Generell scheinen Ansätze zu wirken, die

- a. sich zum Ziel setzen, KonsumentInnen zu einer informierten Entscheidung zu verhelfen, welche Substanz sie in welcher Menge und Kombination einnehmen,
- b. Motivationsmuster der KonsumentInnen ernst nehmen und urteilsfrei und pragmatisch auch den subjektiven Nutzen berücksichtigen,
- c. ein hohes Mass an Glaubwürdigkeit innerhalb einer Szene geniessen, weil sie auf demselben Wissensstand zur Substanz aber auch zu Clubkultur beruhen. Deshalb sind Peer-Ansätze besonders Erfolg versprechend. Peers kennen ihre Peers.

Implikation Legalität

Die Möglichkeit, im Labor neue Drogen beliebig zu modellieren und auf den Markt zu werfen, belebt die alte Frage wieder: «Soll man Drogen legalisieren, oder soll man sie kriminalisieren?» Denn der Gesetzgeber hinkt dem Erfindungsgeist der Drogenlaboranten immer einen Schritt nach. Offenbar vermarkteten die Kanäle, die Mephedrone in Grossbritannien angeboten hatten, bereits Tage vor dem Verbot der Substanz ein neues Derivat, das nicht unter das Betäubungsmittelgesetz fiel. Unter diesen Umständen verfolgen Gesetzgeber und Repressionsapparate eine eigentliche «Mission Impossible»: gelegentliche Beschlagnahmungen und Eliminationen von Drogenringen sind reine Pyrrhussiege.

Die KonsumentInnen setzen sich längst über die zahnlosen Suchtmittelgesetze hinweg: Es kümmert sie wenig, ob eine Substanz legal oder illegal ist. Relevant ist für sie einerseits, welchen Nutzen eine Substanz ihnen bringt – ist es ein «upper», ist es ein «downer»? Wie mischt sich der Stoff mit anderen Substanzen? Andererseits interessieren die Risiken, wie Gesundheitsschädigung oder der finanzielle Aufwand. DrogenkonsumentInnen machen also sozusagen eine Kosten-Nutzen-Analyse; fragt sich bloss, auf welcher Wissensbasis. Die Politik hingegen stützt sich weltweit immer noch auf die Kriminalisierung neuer Substanzen. Nationale Betäubungsmittelgesetze verbieten und bestrafen zum Teil drakonisch deren Handel und Konsumation; bei der Durchsetzung der Gesetze scheitern sie. Überfüllte Gefängnisse belasten die Staatsbudgets, ohne dass das Problem eines breiten gesundheitsschädigenden Konsums sich schmälern würde. Eine andere Möglichkeit, die sich dem Gesetzgeber bietet, ist die Anwendung des Arzneimittelgesetzes, das bestimmte Substanzen der Rezeptpflicht unterstellt. Ungeachtet der Effizienz dieser Lösung generiert eine solche Praxis einen gesetzlichen Doppelstandard, bei dem gewisse Amphetaminderivate legal sind, während die Originalsubstanz verboten bleibt. Was ist der Unterschied zwischen einem legalen Neuro-Enhancer wie Ritalin und einem verbotenen? Auch stellt sich bei der Anwendung des Arzneimittelgesetzes auf neue Substanzen die Frage, weshalb «natürliche» Substanzen wie Kokain und Opium denn illegal bleiben: etwa weil sie pflanzlich sind? Weil sie aus einer Public-Health- Perspektive besonders schädlich sind? Warum ist dann der Alkohol legal? Das Auftreten von neuen Substanzen und Substanzderivaten macht eine Grundsatzdiskussion um den gesetzlichen Umgang mit Suchtmitteln dringlich.

Und die Politik?

Die Erkenntnisse an der Drogenfront scheinen – so der Eindruck an der Club-Health-Konferenz in Zürich – recht einheitlich zu sein und zwar länderübergreifend. Offen bleibt hingegen die

Frage, inwiefern sich diese Erkenntnisse politisch umsetzen lassen. Es ist für PolitikerInnen jeglicher Couleur wenig attraktiv, sich für die Legalisierung von Drogen einzusetzen, ganz einfach weil das Thema bei der Wählerschaft nicht auf Resonanz stösst. Im Gegenteil: In der Schweiz beispielsweise hat sich der Wind in den letzten Jahren gegen die Legalisierung von Cannabis gedreht; eine entsprechende Vorlage ist wohl für längere Zeit in den legislativen Schubladen verschwunden. Innovative Präventionsmethoden wie das «Drug-Checking» sind politisch so kontrovers, dass sie kaum Anwendung finden, trotz erwiesener Wirksamkeit. Unter diesen Umständen wird es schwierig sein, die politischen EntscheidungsträgerInnen für neue drogenpolitische Wege zu motivieren; eine grundsätzlich repressive Politik mit pragmatischer Umsetzung wird wohl weiterhin Realität bleiben.

Die Kluft zwischen den Erkenntnissen aus der Suchtarbeit und dem drogenpolitischen Willen bringt neue Herausforderungen für die Zukunft: Eine effiziente Öffentlichkeitsarbeit aufzubauen, die sowohl die Bevölkerung wie auch die politischen EntscheidungsträgerInnen über neue Tendenzen informiert und auf Diskrepanzen zwischen Recht und Umsetzung aufmerksam macht. Lobbying scheint in der Präventionsarbeit immer noch in den Kinderschuhen zu stecken – beispielhaft glänzten politische ExponentInnen an der Club-Health-Konferenz 2010 mit Abwesenheit.

Ein erster Schritt in Richtung politischer Einflussnahme ist es, Kräfte und Know-How zu sammeln, Best Practices und Benchmarks zu definieren, kurz und gut: eine kohärentere, weniger zersplitterte Präventionspraxis zu finden. Networking zwischen regionalen, kantonalen und nationalen Institutionen und Projekten ist unabdingbar, will man das globale Public-Health-Problem von schädlichem Drogenkonsum angehen. Supranationale Organisationen wie die UNO oder die EU liefern schon heute die wissenschaftliche Basis für eine globale Perspektive und die nötigen Daten, um vor neuen Substanzen und deren epidemischer Verbreitung früh zu warnen.

Eines ist sicher: Die Herausforderungen für die Drogenprävention innerhalb und ausserhalb des Nachtlebens sind substantiell. Mögen die neuen Realitäten auf dem Drogenmarkt im Zeitalter des Internets zur Klärung beitragen, welche Drogenpolitik, welche Präventionsarbeit effizient ist und welche nicht.

Die Club-Health-Konferenz 2010 bot eine geeignete Plattform, um Praktiken und Regulierungen international zu vergleichen und zu überprüfen. ●

